

Entlastet die Regierung sozial gerecht?

Interview Matthias Wrede ist Experte für Sozialpolitik an der Uni Erlangen-Nürnberg. Er analysiert für die NZ das Krisenmanagement der Ampel.

Herr Prof. Wrede, Kanzler Scholz hatte angekündigt, dass das neue Entlastungspaket der Bundesregierung ein "großes Bauwerk" werden würde. Die Schätzkosten für die einzelnen Maßnahmen liegen bei etwa 65 Milliarden Euro. Wie "groß" ist denn das Bauwerk tatsächlich geworden?

Wie groß das Gesamtpaket am Ende werden wird, lässt sich noch nicht genau abschätzen. Nicht alles ist neu, nicht jede Maßnahme wird aus freiem Willen ergriffen. Das Vorziehen der vollen Abziehbarkeit der Rentenbeiträge mit einer Entlastungswirkung von 6 Milliarden Euro geht auf ein Urteil des Bundesverfassungsgericht zurück - das kann sich die Bundesregierung nicht zugutehalten. Die Entschärfung der kalten Progression macht weitgehend automatische Belastungssteigerungen der Vergangenheit rückgängig, die Anpassung des Kindergeldes und des Bürgergeldes sowie die Verlängerung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie waren bereits vor der Einigung auf das neue Entlastungspaket geplant. Folgt man einer Schätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft, verbleiben etwa 40 Milliarden Euro zusätzlicher Maßnahmen. Diese Einschätzungen stehen natürlich unter dem Vorbehalt, dass es dem Bund gelingt, die Länder in dem geplanten Maß ins Boot zu holen.

"Präzise" und "maßgeschneidert" sollte das Paket außerdem sein, meinte der Kanzler. Doch ist es das wirklich? Denn es ist doch für jeden etwas dabei, 200 Euro Energiekostenzuschuss für Studenten, 300 Euro für Rentner und Pensionäre, 415 Euro für Wohngeldempfänger, 50 Euro monatlich mehr für die Bezieher des künftigen Bürgergeldes und eine breite Schicht der Steuerzahler soll auch entlastet werden.

Zahlungen an die bisher vergessenen Rentner und Studierenden sowie insbesondere an die Bezieher von Wohngeld und Grundsicherung, aber auch die Erhöhung des Kindergeldes sind sozial maßgeschneidert. Die Senkung der kalten Progression nimmt direkt Bezug auf das aktuell große Problem der Inflation. Anders sieht es bei den Maßnahmen auf den Energiemärkten aus, die entlasten sowohl Bedürftige als auch Nicht-Bedürftige. Darüber hinaus sind die Hürden und Kosten für die Umsetzung durch die Energieversorger hoch. Die Abschöpfung der mit Zufallsgewinnen übersetzten "Windfall profits" greift erheblich in fundamentale Marktlogiken ein. Zusammen mit dem Verzicht auf die Erhöhung des CO₂-Preises bremsen diese Maßnahmen die ins Stocken geratene Energiewende zusätzlich. Pauschalzahlungen an Geringverdienende wären ein präziseres Instrument. Die Zahlungen des Bundes für den Ausbau des ÖPNV und die Einführung eines Tickets in mittlerer Preislage im öffentlichen Nahverkehr sollten so eingesetzt werden, dass sie nicht vornehmlich zu zusätzlichem Freizeitverkehr führen, sondern der ÖPNV von Pendlern auch bei teilweisem Homeoffice sowie im lokalen Freizeitverkehr stärker genutzt wird. Dann könnten gleichzeitig die Bürger entlastet und der CO₂-Ausstoß gesenkt werden.

Halten Sie das Entlastungspaket für sozial gerecht - und warum? Oder warum nicht?

Im Vergleich zu den vorherigen Entlastungspaketern zielen viele Maßnahmen des dritten Entlastungspaketes stärker auf Ärmere und von Energiepreiserhöhungen betroffene gesellschaftliche Gruppen. Das ist in der aktuellen Situation bedarfsgerecht. Entschärfung der kalten Progression und Abziehbarkeit der Rentenbeiträge sorgen für mehr Leistungsgerechtigkeit. Insofern ist das Entlastungspaket im Kern sozial gerecht.

Wird es bei diesem dritten Paket bleiben - oder rechnen Sie damit, dass die Bundesregierung noch ein weiteres auflegen muss, damit aus dem bevorstehenden Winter kein "Wutwinter" wird?

Spätestens wenn die Lasten in der Breite insbesondere bei den Mietern ankommen werden, rechne ich mit weiteren Entlastungsmaßnahmen. Ohne zielgerichtete und erfolgreiche Entlastungen droht meiner Einschätzung nach ein Umkippen der gesellschaftlichen Stimmung im Winter. Ein "Wutwinter" wäre möglich.

Versucht die Bundesregierung also, sich mit viel Geld die Akzeptanz für die Sanktionspolitik gegenüber Russland zu erkaufen - zugespitzt formuliert: und damit die Bürger ruhig zu stellen?

Je länger Energieknappheit und hohe Inflation anhalten, desto größer und verbreiteter wird die wirtschaftliche Not und umso geringer wird die Akzeptanz von politischen Entscheidungen werden, die zu diesen Belastungen beitragen. Höhe und Verteilung der Lasten werden immer mehr in den Blickpunkt geraten. Obwohl für die aktuelle Situation neben nationalen Entscheidungen zu Sanktionen und Energieversorgung sowie Pandemiefolgen der Angriffskrieg und die Gasversorgungspolitik Russlands, aber etwa auch das Verhalten anderer Länder verantwortlich sind, wird in Deutschland die politische Gesamtverantwortung bei der Bundesregierung gesucht werden. Es wird daher weiterhin politisch erforderlich sein, besonders Bedürftige zu unterstützen und zumindest teilweise die breite Mitte zu kompensieren. Um die Akzeptanz der gegen Russland gerichteten Politik zu erhalten, muss die Lastenverteilung als fair wahrgenommen werden. Politisch bedeutsam wird es auch sein, große Krisengewinne einzelner Branchen, Unternehmen oder Bevölkerungsgruppen zu verhindern.

Beginnend mit der in den USA 2008 geplatzten Immobilienblase über die weltweite Finanzkrise danach, die Schuldenprobleme vieler Euro-Länder, über die Corona-Pandemie und jetzt die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine erleben wir eine Großkrise nach der anderen - die die Politik jeweils mit milliardenschweren Hilfsprogrammen für Wirtschaft und Bürger versucht zu bewältigen. Erstaunlicherweise gehen die deutschen Staatsfinanzen noch immer nicht in die Knie? Wie ist das erklärbar?

In der Hightech-Krise Anfang der 2000er und vor allem in der Wirtschafts- und Finanzkrise um 2010 ist die Neuverschuldung

angestiegen. Aber als die Corona-Pandemie zuschlug, hatte Deutschland dank der Schuldenbremse sechs Jahre "schwarze Null" hinter sich. Die verbliebenen Schulden belasteten dank Negativzinsen den deutschen Haushalt nicht. Die deutschen Staatsfinanzen waren 2020 sehr gut für eine Krise vorbereitet. Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes, der Zuwanderung und der sozialen Sicherung zeigten Wirkung. Die Erwerbsquote ist gestiegen und die Arbeitslosenquote seit Mitte der 2000er gesunken.

Hat das am Ende den Effekt, dass die meisten Menschen meinen: Geld hat der Staat offenbar unbegrenzt und wenn es irgendwie kriselt, verteilt er es?

Die gesunden Staatsfinanzen und die niedrigen Zinsen haben in Gesellschaft und Wirtschaft den Wunsch nach umfassender staatlicher Unterstützung geweckt und in der Politik die Bereitschaft erzeugt, dem weitreichend nachzugeben. Doch 2020 wendete sich das Blatt in Deutschland: Die Corona-Pandemie und später der russische Angriff auf die Ukraine schockten die Gütermärkte und ließen die Neuverschuldung in die Höhe schnellen. Inflation und Zinsen erreichen noch vor kurzem unvorstellbare Werte. Dauerhaft höhere Ausgaben für Rüstungsgüter und Schritte in Richtung De-Globalisierung sowie die technische Revolution hin zur Elektromobilität in der Autoindustrie werden die wirtschaftliche Basis und die Staatsfinanzen langfristig schwächen. Um den Moment der Wahrheit hinauszuzögern, wird die tatsächliche Höhe der geplanten Kreditaufnahme versteckt. Die Rückkehr zu der Vor-Corona-Strategie der Staatsverschuldung ist im Moment nicht abzusehen. Lasten werden in die Zukunft verschoben. Bei kurzfristigen Spitzen der Krise ist das zeitliche Strecken der Lasten allerdings effizient und generationengerecht.

Alles, was die Politik ausgibt, muss erst erwirtschaftet werden. Über 50 Prozent des Einkommensteueraufkommens in Deutschland kommen von den oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher. Das sind nicht nur reiche Menschen, sondern schon Gutverdiener. Wäre es nicht im Sinne des Mittelstands in Deutschland, dass die Steuersätze, was Einkommen und Vermögen betrifft, viel stärker nach oben, also zu den wirklichen Topverdienern und den wirklichen "Reichen" verschoben werden - oder sagen Sie: So, wie es ist, ist es sozial gerecht?

Mittelstand und Mittelschicht ist nicht dasselbe. Im Mittelstand gibt es sehr wohl wirklich "Reiche". Eine erhebliche Erhöhung der Einkommensteuer für Reiche hätte Folgen für die deutsche Wirtschaft. Steuerflucht wäre zudem eine mögliche Gefahr. Die Mittelschicht wird allein schon aufgrund ihrer Größe einen erheblichen Teil der Steuerlast tragen müssen.

Unternehmensbesteuerung, Grund- und Erbschaftsteuer haben noch ein gewisses Potential für Steuermehreinnahmen, allerdings nur bei Überwindung erheblichen politischen Widerstands.

Bildunterschrift: 65 Milliarden Euro sind im dritten Entlastungspaket drin, sagt die Bundesregierung. Prof. Matthias Wrede von der Uni Erlangen-Nürnberg sieht das etwas differenzierter.

Quelle: Nürnberger Zeitung vom 15.09.2022, S. 16


Ressort: DEBATTE

Dokumentnummer: C198E360AF2711D4C12588BE0036DDDB

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/NZ_e2d5575418ecd79d2b782934b1cb0c229ee86f1e

Alle Rechte vorbehalten: (c) Nordbayerische Verlagsgesellschaft mbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH